Gerichtsverwertbare Erklärung an Eides Statt

nach § 99 VwGO, §§ 138, 139 ZPO, gemäß §§ 16, 21 GVG, Art. 101 GG, § 11 StGB

In Erfüllung meiner Vorlagepflicht gegenüber den Prozessparteien in der bei dem

______________________-Gericht, unter dem Geschäftszeichen: _____________________,

anhängigen Rechtssache **versichere ich**, der / die unterzeichnende

Herr / Frau: ___________________________________, geb. ________________________,

geb. am: __________________, in: ________________________,

tätig am: _________________________-Gericht in _________________________________,

gerichtsverwertbar **an Eides Statt**, in Kenntnis und im Bewusstsein der Strafbarkeit einer vorsätzlich falschen oder fahrlässig falschen eidesstattlichen Versicherung, daß ich als Richter/in mit einer wirksamen Ernennung, Amtsträger/in nach deutschem RECHT bin.

Die SHAEF-Gesetze und die SMAD-Befehle sind mir bekannt, bzw. sollten mir diese - im Zusammenhang mit meiner Zulassung nach deutschem RECHT als Volljurist/in - bekannt sein.

Auch versichere ich die Gültigkeit und Mangellosigkeit des Geschäftsverteilungsplans des angehörenden Gerichts nach den §§ 33, 34, 43, 44, 48 VwVfG; **erkläre und versichere an Eides statt**, dass ich gesetzliche/r und amtierende/r Richter/in in dem anhängigen Verfahren bin.

Mir ist bekannt, daß das DEUTSCHE RECHT sowohl für alle Prozessbeteiligten, als auch für mich uneingeschränkt gilt und erkläre und versichere, dass ich gegenüber den Prozessparteien nicht Partei bin, auch nicht über Standesrecht, Auftraggeber oder Arbeitgeber.

Es gilt ausschließlich das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 22. März 1924. Ich bin bei einem Staatsgericht tätig.

___________________________ L.S. ___________________________

(Ort, Datum) (eigenhändige Unterschrift)

Beglaubigung der Unterschrift gemäß § 34 Abs. 3 VwVfG

___________________________ L.S. ___________________________

(Ort und Tag der Beglaubigung) (Dienstbezeichnung und Unterschrift)

Gerichtsverwertbar

nach § 99 VwGO, §§ 138, 139 ZPO, gemäß §§ 16, 21 GVG, Art. 101 GG, § 11 StGB

gegenüber einer Prozesspartei / Öffentlichkeit

Ich, Frau/Herr (bitte Vor - und Nachname)

_________________________________ Geb.- Datum ___________________

Beim Gericht: ______________________ AZ.: / Gn.: _____________________

versichere gerichtsverwertbar an Eides Statt,

- in Kenntnis und im Bewusstsein der Strafbarkeit einer
falsche, fahrlässige oder vorsätzlich falsche eidesstattlichen Versicherung -

dass ich nach deutschem RECHT Amtsträger und Richter mit einer wirksamen Ernennung bin. Mir sind die SMAD-Befehle und die SHAEF-Gesetze bekannt und sollten im Zusammenhang mit der Zulassung nach deutschem RECHT als Volljurist/in bekannt sein. Ich versichere auch die Mangellosigkeit und Gültigkeit des Geschäftsverteilungsplans des angehörenden Gerichts nach §§ 33, 34, 43, 44, 48 VwVfG und versichere an Eides Statt, dass ich gesetzlich amtierende/r Richter/in in dem Verfahren

____

bin. Mir ist bekannt, dass das Deutsche Recht für mich, als auch für die Prozessbeteiligten gilt und ich mit den Prozessparteien nicht Partei (auch nicht über Standesrecht oder Auftraggeber / Arbeitgeber), bin. Es gilt ausschließlich das Gerichtsverfassungsgesetz in der Anwendung (nicht Geschäftsordnung nach dem ArbGG und nicht nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 35 –Schiedsgericht- (BRD-GmbH, Art. 133 GG) und bin bei einem Staatsgericht tätig.

______________________________ ________________________

Ort, Datum, Unterschrift Dienstsiegel

Unterschriftsbeglaubigung

(bitte gerichtsverwertbar nach Gesetz §§ 33, 34 VwVfG gültig ausweisen)

Hiermit werden die „Richter/innen“

____

____

____

____

____

____

____

____

des ______________________-Gerichts __________________________________

Aktenzeichen, G.-Nr.: ____

des PLZ/ Gerichts ____________ ____

wegen Beschlussunfähigkeit / Befangenheit abgelehnt, weil der/die gesetzliche amtierende Richter/in nach § 16 GVG nicht bestimmt ist.

____

____

____

____

____

Es wird die Aufhebung der Hauptverhandlung bis zur Feststellung des/der gesetzlichen amtierenden Richter/s/in beantragt (Kenntnisnahme des Gerichts nur erforderlich, § 158 StPO, Protokollierung und Beurkundung dieses Antrages ist vom Gericht erforderlich), weil Nichtigkeit des/der gesetzlichen amtierenden Richter/s/in bis zur Feststellung zu vermuten ist (§§ 43, 44, 48 VwVfG)

____

Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers § 158 StPO, Gerichtsbeurkundung